

(46) Warenaustausch zwischen UdSSR und China

Gemäß dem jüngst unterzeichneten sino-sowjetischen Handels- und Zahlungsabkommen für das Jahr 1976 wird das Handelsvolumen 280 Mill. Rubel betragen, das sind 40% mehr als der Warenaustausch im Jahre 1975 ausmachte. (SWB/WER 16.6.76)

(47) Handel zwischen Nepal und Tibet

Nach einem NCNA-Bericht vergrößert sich der Handel zwischen Nepal und der Autonomen Region Tibet. 1975 soll er 24% mehr betragen haben als 1974 und fast das Doppelte von dem des Jahres 1972. Meist in Tauschgeschäften werden Wolle, Salz, Korn, Pfeffer veräußert. 1966 hat es zum ersten Male zwischen China und Nepal ein Handelsabkommen gegeben, das auch das Gebiet von Tibet einschloß. In diesem Jahr ist dieses Abkommen um weitere 10 Jahre verlängert worden. Die Regierung von Nepal hat kürzlich beschlossen, Kaufleuten, die in dem Gebiet 30 km südlich der nepalesisch-chinesischen Grenze ansässig sind, vorrangig Lizenzen zu geben, die sie zum Handel in der Autonomen Region Tibet berechtigen. (SWB/WER 16.6.1976)

(48) Singapore baut Beziehungen zu China aus

Die "Service-Charge" von 0,5% des Cif-Wertes, die alle Singaporer Importeure seit dem 2.5.70 für Einfuhren aus der VR China, Albanien, Cuba, Vietnam, der Mongolei, der CSSR und der DDR an die staatliche Handelsgesellschaft IntraCo entrichten müssen, wurde per 1.5.76 für Importe aus China aufgehoben. Die Lizenzpflicht für sämtliche Einfuhren aus diesen 7 Ländern bleibt jedoch bestehen. Für Importe aus den übrigen 6 genannten Staaten wird die Gebühr von 0,5% weiterhin erhoben. Die chinesischen Schiffahrtsgesellschaften Zhongzu und Cosco haben nach einer Erklärung des Vorsitzenden des Singapore National Shippers Council zugesagt, Transporte zwischen Singapore und Europa in Zukunft 15-30% billiger durchzuführen als die auf der Europa-Fernostroute verkehrenden europäischen und japanischen Schiffahrtslinien. Zudem habe die chinesische Seite den von der Singaporer Delegation vorgeschlagenen Frachtraten zugestimmt. Einen regelmäßigen Liniendienst können die Chinesen allerdings nicht garantieren. Mittlerweise laufen etwa 100 chinesische Schiffe monatlich den Singaporer Hafen an. (BFA/NFA, 18.6.76)

(49) Ende des Reis-Öl-Barter Geschäftes zwischen Thailand und China

Die VR China wird in Zukunft keinen Reis mehr von Thailand kaufen. Bisher hatten die Chinesen aus Solidarität den Reis, den Thailand gegen Öl geliefert hatte, an Vietnam und Laos weitergegeben. Wie China werden auch diese beiden Länder nach Beendigung des Indochina-Krieges bald den Status der Selbstversorgung erreicht haben. Dies hat der chinesische Botschafter in Thailand gegenüber zuständigen Stellen verlauten lassen. Der chinesische Botschafter soll jedoch versichert haben, daß China nicht mit Thailand auf den traditionellen Märkten wie beispielsweise in Hong Kong konkurrieren würde. Er drückte seine Überzeugung aus, daß, obwohl beide Länder Agrarwirtschaften besäßen, es genug Platz für einen Handelsaustausch geben würde. Aus diesem Grund sollten auch sobald wie möglich Handelsattachés in beide Länder geschickt werden, um vorbereitende Gespräche über diesbezügliche Abkommen zu führen. (SWB/WER 23.6.76)

TAIWAN**(50) 16 000 ehemalige Kuomintang-Soldaten in Thailand können sich einbürgern lassen**

Das Innenministerium von Thailand hat am 16.6. erklärt, daß die Regierung in Bangkok plane, den rund 16 000 ehemaligen Soldaten der Kuomintang-Regierung in Thailand die Erlaubnis zur Einbürgerung zu erteilen. Es handelt sich um die Reste der 93. Division der Kuomintang-Regierung, die sich in zwei Nordprovinzen Thailands befinden. 1949, als die Kuomintang-Regierung das chinesische Festland an die Kommunisten verlor, flohen mehrere tausend Angehörige der Kuomintang-Armee aus der südchinesischen Provinz Yünnan in das Dreieck zwischen Thailand, Laos und Birma. Ein Teil von ihnen wurde von 1953 bis 1961 nach Taiwan evakuiert. Die thailändische Regierung will die noch in Thailand Gebliebenen auf ein Siedlungsdorf konzentrieren und sie als Kraft gegen die kommunistischen Partisanen einsetzen (LH 17.6.76).

(51) Protest gegen philippinische Ölsuche im Gebiet der Spratlys

Anläßlich der Meldung, daß sieben philippinische und drei schwedische Unternehmen einen Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Suche nach Erdöl auf der zur Gruppe der Nansha-(Spratly) Inseln gehörenden Insel Lilo-t'an (Reed Bank) unterzeichnet hätten, bekräftigte der Sprecher des Außenministeriums in Taipei den Anspruch Nationalchinas auf das gesamte Gebiet der Spratly-Inseln. Gleichzeitig wies er den Anspruch Vietnams auf die Hsisha (Paracel)-Inseln und Nansha zurück. Am 14.6. gab der Sprecher des Außenministeriums in Peking ebenfalls eine Erklärung ab, in der die Ölsuche der Philippinen auf der Reed Bank als Verletzung chinesischen Territoriums bezeichnet wurde. Die Hauptinseln der Nansha sind unter der Kontrolle Taiwans, während die Philippinen bzw. Vietnam einige kaum bewohnbare Inseln der Nansha besetzt halten. Im August 1974 hatte Taiwan auf den Spratlys ein Postamt errichtet (CJ u. LH 29.5.76, TK 15.6.76, vgl. C.a. 1974/ Feb. S. 25 ff., 1974/Sept. Ü75 u. 1975/Dez. Ü16).

(52) Neue Verhaftung von Regierungsgegnern

Die Sicherheitsbehörden in Taiwan haben am 31.5. die Festnahme von zwei bekannten Regierungsgegnern, Yen Ming-sheng und Yang Chin-hai, bekanntgegeben. Sie wurden des gewaltsamen Versuches zum Umsturz der Regierung beschuldigt und an das Militärgericht des taiwanesischen Garnisonshauptquartiers ausgeliefert. Yen, 41, hat sich an den Wahlen der zusätzlichen Abgeordneten des Gesetzgebungshauses im letzten Jahr beteiligt und im Wahlkampf die Kuomintang-Regierung scharf kritisiert. Yang, 44 Jahre alt und erfolgreicher Geschäftsmann, war Yens Wahlmanager (LH 1.6.76). Ein anderer Wahlhelfer Yens namens Wu Chi-chuan ist angeblich ebenfalls verhaftet worden. Beobachter in Taiwan wollen nicht glauben, daß die Verhafteten irgendwie Gewalt angewendet hätten. Der tatsächliche Grund zur Festnahme sei, so heißt es, daß sie eine Gegenveranstaltung der Regierungskritiker zu dem angekündigten 11. Parteitag der Kuomintang am 12. November planten. Nachdem die Regierung und die Kuomintang die führenden Oppositionellen nicht überreden konnten, auf diesen Plan zu verzichten, ließen die Sicherheits-

kräfte Yen und Yang als Warnung für andere festnehmen (FEER 11.6.76, CSM 21.6.76). Bereits im Februar d.J. wurde ein Kandidat der Opposition bei den letzten Wahlen von zusätzlichen Abgeordneten des Gesetzgebungshauses, Pai Ya-ts'an, wegen "Hochverrats" vom Militärgericht des Garnisonshauptquartiers zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt (vgl. C.a. März 1976, S. 76, Ü54).

(53) Große Regierungsumbildung

Eine Serie von Eisenbahnunglücken und Finanzaffären hat eine große Umbildungsaktion im Kabinett (Verwaltungshaus) veranlaßt. Zu den neuernannten Kabinettsmitgliedern gehören: Innenminister Chang Hsü-feng (früher Bürgermeister der Stadt Taipei), Finanzminister Fei Hua (früher Generalsekretär des Verwaltungshauses), Justizminister Wang Tao-yüan, Verkehrsminister Lin Chin-sheng (früher Innenminister) und Generalsekretär des Verwaltungshauses Chang Chi-cheng. Als neue Minister ohne Portefeuille sind Li Kuo-ting (früher Finanzminister), Kao Yü-shu (früher Verkehrsminister) und Ch'ü Ch'uang-huan berufen worden (CJ 10.6.76). Der ehemalige Justizminister Wang Jen-yüan, der angeblich in einen Skandal verwickelt sein soll (TK 30.5. u. 20.6.76), hat keinen neuen Posten in der Regierung bekommen. Der neue Bürgermeister der Stadt Taipei heißt nun Lin Yang-kang. Außerdem sind zwei hohe Militärposten umbesetzt worden: Admiral Sung Ch'ang-chih (früher Oberbefehlshaber der Marine) ist der neue Generalstabschef und Vizeadmiral Chou Chien der neue Oberbefehlshaber der Marine.

Die vier im April und Mai nacheinander erfolgten schweren Zugunglücke erzwangen ferner den Rücktritt des Direktors der taiwanesischen Eisenbahn, Ch'en Teh-nien. Am 21.4. waren bei einem Zusammenstoß zwischen einem Zug und einem Bus 39 Menschen getötet und 43 verletzt worden (CJ 22.4.76). Ein anderer Zusammenprall zwischen einem Schnellzug und einem Personenzug am 30.5. brachte weitere 30 Tote und rund 140 Verletzte (LH 31.5. und 1.6.76). Ferner haben zwei Züge am selben Tag, dem 14.6., zwei vor ihnen fahrende Züge von hinten angefahren, wobei aber zum Glück keine Menschenleben zu beklagen waren (LH 15.6.76).

Kurz vor der Regierungsumbildung waren zwei hohe Beamte des Finanzministeriums, Staatssekretär Wang Shao-yü und Ministerialdirektor Chang Ch'ing-chih, aus dem Amt entlassen worden, weil sie die Verantwortung für die kürzliche Preissteigerung von Reis sowie den Mangel an von den Bauernfamilien benötigtem Kristallsalz tragen mußten (LH 1.6.76). Einer anderen Finanzaffaire sind 15 leitende Personen von drei öffentlichen Geldinstituten zum Opfer gefallen. Fünf Manager wurden ihrer Posten enthoben und 11 andere bekamen andere Disziplinarstrafen. Sie haben durch Fahrlässigkeit oder unter Annahme von Schmiergeld Kredite in einer Gesamthöhe von mehr als 1,9 Mrd. NT\$ (38 NT\$ = 1 US\$) an einen Konzern gegeben, der vor drei Jahren ein Vermögen von rd. 30 Mio. NT\$ hatte und z.Zt. auch nur über rd. 1,8 Mrd. NT\$ verfügt (CJ 20.6.76, LH 6. und 20.6.76).

(54) Rückzug der US-Militärberater aus Quemoy und Matsu

Ein US-Militärsprecher in Taiwan hat am 23.6. bekanntgege-

ben, daß alle US-Militärberater noch innerhalb des laufenden Monats aus den zwei nahe dem chinesischen Festland gelegenen, aber von Taiwan kontrollierten Inseln Quemoy (Kinmen) und Matsu abgezogen werden sollen. Nach seinen Mitteilungen ist dies eine Maßnahme zur Verminderung der amerikanischen Militärpräsenz im Ausland und zum Abbau der US-Militärpräsenz in Taiwan. Ein Sprecher des US-Außenministeriums hat am 24.6. bestätigt, daß ein US-Offizier mit seinen beiden Mitarbeitern bereits am 2.6. die Insel Matsu verlassen habe, während eine gleich starke Gruppe von US-Militärberatern 13 Tage danach von der Insel Quemoy abgezogen sein soll. Der Sprecher sagte, die Entscheidung zum Abzug sei bereits im November 1974 getroffen worden. Zur Zeit gibt es noch rund 2300 US-Militärberater in Taiwan (TK 24.6.76; LH und CJ 26.6.76).

(55) Erste Schritte Taiwans auf dem Weg zu einem eigenständigen Raketenbau ?

Ein Team von fünfzehn Ingenieuren aus Taiwan nimmt zur Zeit an einem achtzehnmonatigen Kurs am Massachusetts Institute of Technology teil, um Raketentechniken zu erlernen. Die Regierung von Taiwan hat sich diesen Kurs 917.000 Dollar kosten lassen. Offiziell heißt es, die Studenten sollten die Technik erlernen, um auf diese Weise der Wirtschaftsentwicklung Taiwans im Raketenbereich auf die Sprünge zu helfen. In der Zwischenzeit hat sich jedoch herausgestellt, daß die Ingenieure von dem Laboratorium für Geheimwaffen des Verteidigungsministeriums in Taiwan dazu verpflichtet worden sind, vier bis fünf Jahre am "hauseigenen" Chung Shan-Forschungsinstitut tätig zu sein. Angehörige amerikanischer Geheimdienste vermuten, daß dies Institut dabei ist, eine Mittelstreckenrakete zu entwickeln, die auch nuklear bestückt werden kann. Bereits jetzt scheint außer Zweifel zu stehen, daß Taiwan durchaus eine Atom-Schwellenmacht ist. Es besitzt u.a. Anlagen zur Spaltung von Plutonium, zwei Forschungsreaktoren und sechs Atomenergieraktoren, die freilich zum Teil noch in Konstruktion oder gar im Planungszustand sind. Unter den Professoren des MIT und einigen Politikern hat sich inzwischen Widerstand gegen die weitere Teilnahme der Ingenieure an den MIT-Kursen erhoben. Offensichtlich ist es jedoch "zu spät", weil die Studenten bereits "tief in die Technologie eingestiegen sind". (IHT 17.6.1976)

HONG KONG

(56) Handel mit der Bundesrepublik Deutschland

Die britische Kronkolonie Hong Kong gehört inzwischen zu den 20 größten Lieferanten im deutschen Außenhandel. Gleichzeitig ist umgekehrt die Bundesrepublik nach Amerika im letzten Jahr der zweitwichtigste Abnehmer von Waren aus Hong Kong geworden und hat Großbritannien auf den dritten Platz verdrängt. Während der Export Hong Kongs in die Vereinigten Staaten 1975 mit 7,33 (1974: 7,42) Mrd. Hong Kong-Dollar (1 HK \$ entspricht rund DM 0,50) leicht zurückging und der nach Großbritannien mit 2,78 (2,77) Mrd. HK \$ praktisch stagnierte, nahm die Ausfuhr in die Bundesrepublik um 17% auf 2,86 (2,44) Mrd. HK \$ zu. Die Bundesrepublik nimmt damit 12,5% der gesamten Hong Kong-Ausfuhren ab. Von den 2,86 Mrd. HK \$ des Exportwertes nach Deutschland